

**Rede des
Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Bundeskanzler Friedrich Merz MdB
38. Bundesparteitag der CDU Deutschlands
20. Februar 2026
in Stuttgart**

„Eine neue Entschlossenheit“

- Es gilt das gesprochene Wort –
Sperrfrist: Redebeginn

Anrede

I. Das Jahr 2026

In diesem Jahr feiern wir den 150. Geburtstag von Konrad Adenauer.

Ja, wir feiern dieses Geburtsdatum, denn Konrad Adenauer und mit ihm Ludwig Erhard waren nicht nur die beiden Gründungsväter unserer Republik; sie weisen uns mit ihrem Vermächtnis auch heute noch den Weg - den Weg in die Zukunft!

Konrad Adenauer war ein Visionär, ein Entscheider und er ist ein politisches Vorbild bis heute. Konrad Adenauer war mutig, entschlossen und von anpackender Zuversicht. Adenauer war Macher und Denker, Stratege und Pragmatiker. Es ist keine Sekunde zu spät, dass wir uns an ihn erinnern.

Heute fast auf den Tag genau vor einem Jahr wurde in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt.

Nach nur dreieinhalb Jahren in der Opposition tragen wir wieder politische Verantwortung für Deutschland.

Ich danke auch heute noch einmal den Wählerinnen und Wählern, die uns diese Aufgabe übertragen haben. Wir werden sie nicht enttäuschen – und wir werden auch für all jene arbeiten, die uns nicht gewählt haben. Wir haben eine Verantwortung für ganz Deutschland, für alle Bürgerinnen und Bürger. Uns wurde die Aufgabe übertragen, das Land gut zu führen – all seine Schätze zu hüten und zu mehren, die Gesellschaft in die Zukunft zu führen und uns allen Zuversicht zu geben.

Anrede:

Das können wir, das kann Deutschland. Und das machen wir. Wir sind die Zukunfts-Partei, die Macher-Partei, die Partei der Zuversicht.

Sie alle haben zu diesem Erfolg bei der Bundestagswahl beigetragen, die CDU hat einen vorbildlichen Wahlkampf geführt, und dafür danke ich noch einmal allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern von ganzem Herzen.

Der Erfolg der Bundesregierung wird unser gemeinsamer Erfolg sein, und die Verantwortung für das Land ist unsere gemeinsame Verantwortung.

In gut zwei Wochen wird hier in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt.

Lieber Manuel Hagel, Du hast die große Chance, der nächste Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden.

Nach 15 Jahren zurück in die Staatskanzlei: Wir tun alles dafür!

Und noch einmal zwei Wochen später wird in Rheinland-Pfalz gewählt:

Nach langen 34 Jahren kann die CDU in Rheinland-Pfalz mit Gordon Schnieder endlich wieder eine Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gewinnen - und die letzte Ampel im Land wird Geschichte sein!

Warum ich mir da so sicher bin? Weil die CDU eine Bastion ist, ein Fels in der Brandung, eine Partei der Verlässlichkeit und der Führungskraft. Wir sind die Partei der Mitte. Wir verbinden bürgerliche Tugenden mit Modernität, Aufbruch und Gerechtigkeit. Wir denken positiv und wollen etwas schaffen. Wir haben Freude am Gestalten und lassen uns nicht von den Mäklern und Defätisten herabziehen.

Anrede:

Wir dienen unserem Land von ganzem Herzen und mit allem, was wir können, weil wir die DNA dieser Republik am besten verkörpern.

Diesen Anspruch werden wir als Volkspartei immer erheben: Wir wollen unser Land führen, damit es eine gute Zukunft in Freiheit hat, damit wir sicher leben können, damit wir unseren Wohlstand wahren und mehren, damit wir den Frieden in unserer Gesellschaft bewahren.

II. Die Welt, in der wir leben

Das sind große Ziele. Das sind große Aufgaben. Aber die CDU hat immer gezeigt, wir können auch und gerade in schwierigen Zeiten Verantwortung tragen. Und schwierige Zeiten sind es.

Nun: Wie ist die Lage?

Wir treffen uns heute hier in Stuttgart in Zeiten größter Anspannung. Jeder kann es in diesen Tagen beobachten: Wir sind alle Zeitzeugen eines epochalen Wandels der globalen Ordnung.

Die regelbasierte internationale Ordnung, wie wir sie kannten, existiert nicht mehr.

Eine neue Weltordnung – eine Großmachtordnung – nimmt mit hoher Geschwindigkeit Gestalt an.

Diese Veränderungen betreffen die globale Wirtschaft, die Ordnung des Welthandels, aber auch die Sicherheit Europas und die Rolle Deutschlands in der Welt.

Diese Veränderungen spielen sich keinesfalls nur jenseits unserer Grenzen ab. Sie haben auch eine enorme innenpolitische Dimension. Sie betreffen uns alle - unser Leben verändert sich, unsere Arbeit, unsere Gesellschaft. Die Veränderungen haben schließlich eine persönliche Dimension - für jeden von uns.

Was tun wir?

Wir setzen neue Prioritäten. So entsteht eine neue große Strategie für Deutschland in einem geeinten Europa.

Wir zeigen Mut, Mut zu gestalten. Und Mut, uns durchzusetzen.

Mut und Verantwortungsbereitschaft, das sind die Markenzeichen der Union seit ihrer Gründung. Nur deshalb leben wir heute in einem wiedervereinigten Deutschland in Freiheit. Und wir nehmen auch dieses Mal die Herausforderung an.

Welt der Großmächte

In dieser beginnenden Ära der Großmächte verschafft sich Macht zunehmend wieder Geltung gegen das Recht. In dieser neuen Ära zählt Stärke - ob militärisch oder wirtschaftlich.

Diese neue Welt ist rauer und ja, sie ist gefährlicher. Denn: Wo Regeln nicht mehr zählen, steigt das Risiko von Konflikten.

Die neue Großmachtpolitik löst Kriege aus – wie wir in der Ukraine sehen. Die neue Großmachtpolitik wird ausgetragen mit Zöllen, mit Subventionen und mit der Beschränkung von Marktzugängen.

Zugleich verschärft sich die technologische Konkurrenz: Wer bei Halbleitern, Künstlicher Intelligenz oder Speichertechnologien zurückfällt, verliert eben nicht nur wirtschaftliche Stärke, sondern auch politische Gestaltungsmacht.

Technologie entscheidet heute über industrielle Souveränität und über sicherheitsrelevante Fähigkeiten. Wer diese Technologien beherrscht, kann auch die Regeln setzen, nach denen sie angewandt werden.

Hinzu kommt: Unberechenbarkeit wird zu einem Machtmittel der Politik. Auch gegenüber den USA spüren wir diese Anspannung und die Notwendigkeit einer Neubestimmung unseres Verhältnisses zu unseren amerikanischen Freunden.

USA

Anrede:

Gestatten Sie mir hier eine persönliche Bemerkung: Die transatlantische Partnerschaft hat mein Leben, mein berufliches und auch ganz konkret mein politisches Leben begleitet und geprägt. Ich kenne das Land und seine Menschen, und ich will und werde nicht aufgeben zu glauben, dass dort Menschen gleicher Erfahrung und gleicher Werte und gleicher Kultur leben. Bei allen politischen Spannungen, die wir erleben, sie sind meine, sie sind unsere Freunde.

Wir sind nicht leichtfertig, deshalb geben wir nicht auf. Wir geben die transatlantische Partnerschaft nicht auf.

Aber: Die USA verlieren zunehmend das Interesse an der Rolle als Garantiemacht der internationalen Ordnung und verlässlicher Taktgeber. Wir tun gut daran, uns das sehr bewusst zu machen.

Deshalb müssen wir jetzt an einer Zukunft unter diesen neuen Gesetzen der Machtpolitik arbeiten.

Ich habe auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer Woche gesagt: Wir werden die neue Weltordnung nicht als unveränderliches Schicksal hinnehmen. Wir können sie gestalten. Wir strecken die Hand aus zu einer erneuerten Partnerschaft mit den USA. Aber wir wissen, dass wir fortan unser Schicksal auch selbst in die Hand nehmen müssen.

Und die Überschrift lautet:

Wir wollen sicher sein, wir wollen stark sein, wir wollen frei sein - zusammen mit unseren Freunden in Europa. Und zusammen mit den USA, die hoffentlich verstehen: Auch Demokratien brauchen Partner und Freunde. Denn das macht sie stärker.

Krieg in Europa

Warum auch wir noch mit den USA zusammenarbeiten müssen? Da reicht der Blick auf den Krieg gegen die Ukraine, den Russland vor vier Jahren entfesselt hat.

Lassen Sie mich zunächst für die CDU Deutschlands sagen: Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes, ohne Wenn und Aber. Und wir werden uns niemals damit abfinden, wie ein verbrecherisches russisches Regime systematisch Krieg führt gegen die Zivilbevölkerung dieses Landes, gegen alte Menschen, gegen Frauen und gegen Kinder. Das Ganze garniert mit einer unerträglichen Nazi-Propaganda gegen das ukrainische Volk, das unter deutscher und unter russischer Gewaltherrschaft gelitten hat wie kaum ein zweites auf der Welt.

Der Ukraine-Krieg macht eines besonders deutlich: Wir leben nicht mehr im alten System, aber eben auch noch nicht vollständig in einem neuen. Wir sind nicht im Krieg – aber auch nicht mehr im Frieden. Die Bedrohung unserer Freiheit ist mit Händen zu greifen. Wir erleben Cyberangriffe gegen unsere Datennetze, Terrorangriffe gegen die Stromversorgung, Auftragsmorde mitten in Europa, wir sehen Spionage, Propaganda und systematischer Falschinformation.

Erst in der Rückschau werden wir ganz verstehen, was heute geschieht.

Aber auch: Beurteilen können, ob wir heute das Richtige getan haben!

Die Geschichte lehrt uns: Beschwichtigung schafft keinen Frieden. Sie ermutigt den Aggressor.

Wer heute einem naiven Pazifismus folgt, befördert die Kriege von morgen.

Der Krieg in der Ukraine ist also ein Prüfstein für unsere Werte, für unsere Entschlossenheit und für unser Europa.

III. Europa ist die Antwort

Lassen Sie uns also eine Antwort finden auf die Frage: Wie verteidigen wir unsere Werte und unsere Interessen, unsere Freiheit und Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Souveränität in dieser unsicherer werdenden Welt?

„Wir“ – das sind natürlich wir in Deutschland. Aber niemand von uns glaubt ernsthaft, dass wir diese Aufgaben allein bewältigen können.

Deshalb heißt „Wir“ für uns immer auch „Wir in Europa“. Wir, die CDU, wir sehen uns heute mehr denn je zuvor in der besten Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl in unserem festen Willen, die großen Fragen unserer Zeit eben ganz überwiegend europäisch zu beantworten.

Ein wertegebundener Realismus

Wir tun dies auf der Basis eines wertegebundenen Realismus. Wir wissen: Europa muss lernen, die Sprache der Macht zu sprechen. Unser Kontinent ist im Kern stark – mit überwiegend stabilen und gefestigten Demokratien. Wir sind technologisch leistungsfähig und voller Innovationskraft. Wir haben mit dem Binnenmarkt einen unschlagbaren Vorteil.

Wir bieten zugleich eine normative Alternative zu Imperialismus und Autokratie – und sind damit für viele aufstrebende Staaten in der ganzen Welt ein attraktiver Partner.

Dass wir das Recht achten, ist nicht Schwäche, sondern Stärke.

Und wir haben es zuletzt in der Grönland-Auseinandersetzung gesehen: Wenn Europa geschlossen agiert, wenn es dem Druck nicht nachgibt, sondern standhält, dann kann Europa sehr erfolgreich sein.

In dieser fragilen Welt ist Sicherheit die Voraussetzung von Freiheit. Wer seine Sicherheit vernachlässigt, der wird politisch erpressbar.

Deswegen muss Europa, erstens, aus eigener Kraft verteidigungsfähig werden.

Wir werden uns nicht erpressen lassen!

Zweitens muss Europa wirtschaftlich stärker werden.

Europa kann in allen Bereichen mehr, als es heute zeigt. Das haben uns zwei ehemalige italienische Regierungschefs – Enrico Letta und Mario Draghi – mit ihren Berichten zur Wettbewerbsfähigkeit aufgezeigt.

Letzte Woche haben wir auf der Klausur des Europäischen Rats in Flandern eine Roadmap dazu aufgestellt. Diese Tagung kam auch auf meine Initiative zustande. Wir wollen weniger Regulierung und mehr Dynamik. Europa muss jetzt auf Touren kommen.

Bereits auf dem Rat im März wollen wir dazu konkrete Beschlüsse fassen.

Die Verordnungsmaschine in Brüssel werden wir ein paar Gänge herunterschalten und dafür Gas geben beim Thema Handel, wo sich plötzlich neue Chancen auftun. Es wird dabei auch Widerstände geben. Zu viele haben sich auf ihren regulatorischen Besitzständen ausgeruht. Aber ich werde diese Auseinandersetzung im Rat mit Hartnäckigkeit führen.

Wir schließen neue Freihandelsabkommen.

Mit dem MERCOSUR-Abkommen und dem Freihandelsabkommen mit Indien geht die EU entscheidende Schritte.

Mit Indien entsteht die mit Abstand größte Freihandelszone der Welt mit knapp zwei Milliarden Einwohnern und damit rund einem Viertel der Weltbevölkerung.

Mit Südamerika kommt eine weitere Freihandelszone mit mehr als 700 Millionen Einwohnern hinzu.

All das gibt uns Kraft in einem souveränen, freien, friedlichen und ökonomisch starken Europa.

Umso mehr erstaunt mich, dass Grüne gemeinsam mit Linksaußen und Rechtsaußen MERCOSUR im EU-Parlament torpediert haben. Ich verspreche: Wir lassen uns davon nicht aufhalten.

Das kann uns zuversichtlich machen: Europa ist immer in Zeiten der Krise zur Höchstform aufgelaufen. Und ich arbeite dafür, dass das auch diesmal so sein wird.

Und der dritte Punkt: Europa muss auch technologisch souverän werden. Souveränität ist ein Begriff, den ich bis vor wenigen Jahren noch nicht genutzt hätte. Heute aber trifft er den Nerv.

In unserer High-Tech-Welt ist technologische Souveränität Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke und politische Handlungsfähigkeit. Technologische Souveränität heißt Sicherheit - heißt Unabhängigkeit.

Die europäische Sprache der Macht – das ist für uns eben keine Sprache der Gewalt, sondern des Fortschritts, des Erfolgs, der Klarheit und Standfestigkeit.

Einer unserer internationalen Gäste ist heute mein Freund Luc Frieden, der Premierminister Luxemburgs. Er hat diese genuin europäische Haltung in einer Rede in Harvard auf den Punkt gebracht: *„Europe measures power differently. Not just by what wins, but by what holds.“* - *„Europa misst Macht anders. Nicht nur daran, was gewinnt, sondern daran, was Bestand hat.“*

China

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu China sagen, weil es ein wichtiger Handelspartner für uns ist. Genau deshalb werde ich in der nächsten Woche mit einer großen Wirtschaftsdelegation nach China reisen.

China sieht sich heute im ausdrücklichen Gegensatz zu den USA und erhebt den Anspruch, eine neue multilaterale Ordnung zu definieren. Meinungsfreiheit,

Religionsfreiheit und die Freiheit der Presse kommen in diesem Verständnis nicht vor, der Einsatz für die universellen Menschenrechte wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen.

Könnte es sein, dass wir Europäer zusammen mit den Amerikanern diesem Verständnis von Freiheit, ja diesem Menschenbild gemeinsam etwas Besseres entgegensetzen haben?

IV. In Europa muss Deutschland stark sein

Wie auch immer die Antwort ausfällt: Europa braucht ein starkes Deutschland. Ein starkes Deutschland ist eine Voraussetzung für ein starkes Europa. Und umgekehrt gilt die Gleichung genauso.

Auch das wissen wir in unserer Partei besser als irgendwer sonst.

Wir hören seit Jahren von unseren europäischen Nachbarn, dass sie Führung von Deutschland wünschen und erwarten.

Deshalb ist mir der persönliche Kontakt so wichtig, deshalb bin ich in Europa und der Welt unterwegs. Um Europa stärker zu machen und um damit Deutschland wieder stärker zu machen. Danke auch an Johann Wadephul, der sich in der ganzen Welt für unsere Interessen einsetzt. Deutschland spricht jetzt wieder mit einer Stimme in der Außenpolitik.

Verteidigung

Die erste Entscheidung der Bundesregierung war, die Verteidigungsausgaben deutlich anzuheben, auf bis auf fünf Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes.

Unsere europäischen Nachbarn und Partner sind diesen Weg mitgegangen. Wir haben den Impuls gesetzt und damit auch die NATO zusammengehalten.

Ich weiß sehr wohl, dass diese Öffnung der Neuverschuldung für viele, auch hier im Saal, ein schwerer Brocken war. Ich möchte, dass Sie alle wissen: Das war es auch

für mich. Diese Entscheidung war die vielleicht schwerste, die ich in den letzten zwölf Monaten zu treffen hatte.

Aber am Abend der Bundestagswahl war klar: Wir haben nur noch ein schmales Zeitfenster, um zu verhindern, dass Deutschland unfähig wird zur Verteidigung seiner Freiheit. Auf dem Spiel stand unsere verantwortliche Führung in Europa. Wir mussten eine Blockade von Linksaußen und Rechtsaußen verhindern. Ich habe die Entscheidung für einen gemeinsamen Weg mit SPD und Grünen getroffen. Ich bleibe überzeugt, sie war richtig für Deutschland, sie dient Deutschland.

Führung heißt heute: Verantwortung annehmen, auch wenn sie unbequem ist. Diese Verantwortung trifft auch unser wirtschaftliches Selbstverständnis.

Die Welt verändert sich rasant, Veränderungen sind unumgänglich, und die Menschen sind verunsichert. Viele Berichte zeigen: Die Zweifel am Wohlstandsversprechen unseres Landes wachsen. Und weil die Sorge wächst, wächst auch die Ungeduld vieler Menschen. Jeder zweite Deutsche befürchtet gar, dass die Politik negative Auswirkungen haben wird auf die Zukunftschancen der kommenden Generationen.

Das deutsche Geschäftsmodell war lange klar: Exportstärke, globale Märkte, verlässliche Lieferketten, günstige Energie, Sicherheit vor allem durch Amerika. Und bei alldem wollten wir politische Zurückhaltung üben. Aber, liebe Freunde: Das wird in dieser neuen Welt nicht mehr funktionieren.

Ich habe es ausführlich geschildert: Der Wettbewerb ist härter geworden, die Kosten sind gestiegen, es wird mit harten Bandagen gekämpft. Der Epochenbruch trifft uns alle - jeden Dax-Konzern, jeden Mittelständler, jeden Handwerksbetrieb. Der Strukturwandel ist Realität.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob sich unsere Wirtschaft verändern wird, sondern wie schnell sie diese Veränderung schafft und wie erfolgreich sie dabei sein wird.

Gleichzeitig hat unser Land und haben die meisten Menschen in unserem Land ein sehr gutes Gespür dafür, was sie zu leisten im Stande sind.

Der Wandel eröffnet uns allen eben auch Chancen.

Wer heute investiert, kann morgen Standards setzen. Dafür braucht es Mut auf beiden Seiten: Unternehmen, die investieren und sich neu erfinden. Und ein Staat, der verlässlich, schnell und klug handelt und vor allem die notwendigen Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze der Zukunft schafft.

Lassen Sie uns also über die Probleme im Land sprechen – und über die Lösung dieser Probleme.

V. Aufgaben für Deutschland

Um unser Land durch diese neue Zeit zu führen, müssen wir entschlossen handeln. Deutschland, die Union, die von mir geführte Bundesregierung, wir haben das verstanden.

Und ich sage es hier ganz offen und sehr persönlich: Ich bin dafür, dass wir uns ehrgeizige Ziele setzen. Und auch das sage ich bewusst: Keiner weiß, ob wir sie alle erreichen werden.

Ja, mir wurde in den vergangenen Monaten immer wieder vorgehalten, ich hätte zu ambitionierte Ziele in Aussicht gestellt. Und ich will freimütig einräumen: Vielleicht haben wir nach dem Regierungswechsel nicht schnell genug deutlich gemacht, dass wir diese gewaltige Reformanstrengung nicht von heute auf morgen schaffen werden. Diese Kritik nehme ich an.

Aber es geht in Wahrheit doch um eine ganz andere Frage: Wie mutig wollen wir eigentlich zusammen sein? Wie schöpfen wir unser Potential wirklich aus? Und muss da nicht jemand auf der Brücke stehen, der antreibt, anspornt, der ermutigt, der neue Chancen und Möglichkeiten ebenso beim Namen nennt wie Hindernisse, Widerstände und alte Gewohnheiten, die im Wege stehen?

Meine Damen und Herren,

so verstehe ich jedenfalls meine Rolle in der Bundesregierung. Ich will nicht nur moderieren, ich will nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner als unser größtes Ziel ausrufen, ich will nicht nur beschreiben, was da draußen in der Welt sowieso passiert. Ich will antreiben, ich will uns ehrgeizige Ziele setzen, ich will uns motivieren –

ja, auch zu Höchstleistungen motivieren. Uns, die Bundesregierung zuallererst, aber mit uns das ganze Land, denn darum und um nicht weniger geht es jetzt: Deutschland muss zur Höchstform auflaufen!

Ich glaube an die positive Kraft einer solchen Vision. Ich sage, was geht - nicht, was NICHT geht. Ich möchte aufbauen - und mich nicht von Pessimismus, Fatalismus und Denkfaulheit herunterziehen lassen. Davon haben wir mehr als genug in unserem Land. Wir sind als CDU die Partei der Optimisten, wir sind die Partei der Anpacker, wir sind die Partei des Ausgleichs der Generationen und wir sind die Partei, die sich auf einem festen Fundament von Werten und Grundüberzeugungen mit Freude und Optimismus der Zukunft zuwendet!

So sind wir an die Arbeit gegangen vor gut einem dreiviertel Jahr.

Wir haben in den ersten Monaten dieser Regierung enorm viel geschafft. Nahezu alle Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag wurden angepackt, vieles davon bereits umgesetzt.

Und wir wissen: Das reicht noch nicht. Wir kennen die Situation in der Industrie, wir beobachten mit Sorge den Arbeitsmarkt, wir wissen um die Nöte des Mittelstands. Deswegen werden wir die zweite Stufe zünden. Die Reformen gehen weiter.

Doch wer etwas erreichen will, der muss zunächst einmal wissen, was die Aufgabe ist. Das beginnt für mich mit der Feststellung:

Das Fundament des Hauses Bundesrepublik Deutschland ist stark. Darauf können wir aufbauen. Aber viele Stockwerke des Hauses sind sanierungsbedürftig.

Wirtschaftlich stark bleiben und resilient werden

Ich habe zu Beginn meiner Amtszeit alle 16 Bundesländer besucht und in jedem einzelnen so viel Potenzial gesehen.

Deutschland hat enorme Stärken: Seine Ingenieurskunst und den erfolgreichen Maschinenbau, den innovativen Mittelstand und eine industrielle Tiefe, kluge Dienstleister. Wir sind ein Land mit großartigen, bestens ausgebildeten Menschen voller Ideen und Engagement. Die darauf brennen, etwas zu bewegen. Die Verantwortung

übernehmen, für ihren Ort, für ihre Stadt, für andere Menschen. Gut ausgebildete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, fleißige Handwerker und Arbeiter, sehr gute Lehrerinnen und Lehrer. Pfleger, Ärzte, einen guten öffentlichen Dienst. Unsere Gesellschaft steckt voller Kraft.

Aber zur Wahrheit gehört auch: Wir bleiben seit langem deutlich unter unseren Möglichkeiten.

Ja: Wir sind noch immer die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Aber die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob wir einer der entscheidenden Globalen Player bleiben.

Mehrere Jahre Rezession haben tiefe Spuren hinterlassen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern doch auch im Selbstverständnis unseres Landes.

Die Bundesrepublik stand seit den 1950er Jahren für wirtschaftlichen Erfolg. Wir wurden dafür weithin bewundert. Fleiß, Leistung, Wirtschaftskraft: Das ist ein Stück unserer Identität!

Ich bin bewusst in den Wahlkampf gegangen mit dem Slogan, dass wir „wieder stolz auf Deutschland sein“ wollen. Und das ist im Selbstverständnis dieses Landes maßgeblich auch die Frage des wirtschaftlichen Erfolges.

Deshalb arbeiten wir mit aller Kraft daran, unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Mein Dank gilt Katherina Reiche, die ein grünes Bundesministerium wieder vom Kopf auf die Füße gestellt hat und sich jeden Tag unermüdlich für unseren Wirtschaftsstandort einsetzt!

Lassen Sie uns das Positive sehen: Es gibt Grund zur Hoffnung.

Wir wachsen in diesem Jahr leicht. Die Wirtschaft kommt langsam aus dem Tal. Das ist nicht spektakulär, aber die Rezession ist gestoppt.

Die ausländischen Direktinvestitionen hierzulande haben sich 2025 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt [von 43 auf 96 Milliarden Euro, Quelle: IW Köln].

Das zeigt: Das Vertrauen in Deutschland wächst wieder. Und es ist ein Beleg, dass man uns auch im Ausland wieder etwas zutraut.

Die Industrie steht für 22 Prozent unserer Wirtschaftsleistung. Und im Dezember wuchs das industrielle Neugeschäft um fast 8 Prozent.

Die Exporte wuchsen um 4 Prozent.

Aber all das reicht noch nicht. Wir müssen mehr tun für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

Energiepreise, Steuern, Abgaben, aber natürlich auch die Bürokratie belasten unsere Betriebe.

Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nicht politisch verordnen. Sie muss erarbeitet werden. Wir können und wir müssen die Rahmenbedingungen für die Unternehmen und damit für Investitionen in unseren Standort weiter verbessern.

So wie wir es mit der ersten Unternehmenssteuerreform seit fast zwanzig Jahren machen.

Wir sind die Energiekosten angegangen: Industriestrompreis, Kraftwerksstrategie, Netzentgelte, Stromsteuer. Dabei leitet uns ein Satz: Wir steigen nirgendwo aus, wenn wir nicht wissen, wo wir einsteigen.

Straßen, Schienen und Brücken, digitale Netze und Energieinfrastruktur entscheiden darüber, wie schnell Unternehmen produzieren, wie zuverlässig Lieferketten funktionieren und wie attraktiv ein Standort bleibt.

Jeder Euro, der hier investiert wird, stärkt die Produktivität und setzt auch private Investitionen frei.

Infrastruktur ist das Betriebssystem unserer Wirtschaft. Unser aller Betriebssystem!

Und dieses Betriebssystem bekommt jetzt ein Update – wie die Wirtschaft und vor allem die wirtschaftspolitische Rahmensetzung insgesamt.

Danke, Patrick Schnieder, dass Du die Modernisierung unserer Infrastruktur in die Hand nimmst.

Das alles gilt auch für unsere Investitionen in die Verteidigung:

Viele Schlüsselinnovationen entstehen nicht in Großkonzernen, sondern in jungen hochspezialisierten Unternehmen: in Software und Datenanalyse, in autonomen Systemen und neuen Materialien.

Ja, Sicherheitspolitik kann Gründerpolitik sein!

Wir sehen das zum Beispiel im Bereich Weltraumtechnologien. Wir können Satellitensysteme und wir können sichere Dateninfrastruktur.

Für Deutschland liegt hier eine große Chance. Wir werden unsere industrielle Stärke erneuern, technologische Führungspositionen aufbauen und hochwertigste Arbeitsplätze schaffen.

Und da bewegt sich schon jetzt eine ganze Menge. 2025 wurden 29 Prozent mehr Start-ups in Deutschland gegründet als im Jahr zuvor.

In Mainz und in Hannover wachsen Biotechnologie-Standorte, am Forschungszentrum Jülich haben wir einen Supercomputer, der die Rechnerkapazitäten für unsere Forschung und Unternehmen sprunghaft erhöht hat. Gemeinsam mit Ministerpräsident Hendrik Wüst habe ich ihn im September 2025 eröffnet.

In Dresden (Halbleiterwerk Globalfoundries im Oktober 2025 mit MP Kretschmer), in Halle (Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik, November 2025 mit MP Haseloff) die Chip-Forschung und -produktion und in Rheinland-Pfalz Glasfaser für die Bahn mit sensationellem KI-gestützten Überwachungssystem (Gordon Schnieder Anfang des Monats Februar in Neustadt).

Es geht nun darum, diese Zukunftsbereiche und damit ganze Regionen unseres Landes voranzubringen.

Erfindergeist wiederbeleben

Lieber Manuel Hagel, euer Land Baden-Württemberg steht für den industriellen und innovatorischen Puls unseres Landes – für Erfindergeist und Ingenieurskunst.

Diese Stärken, die uns erfolgreich gemacht haben, liegen zu oft verschüttet unter einer dicken Schicht aus bürokratischen Vorgaben, aus kleinteiligen Zuständigkeiten und einer Kultur des Absicherns und der Risikovermeidung.

Innovationen scheitern in unserem Land heute seltener an Ideen oder an technologischen Möglichkeiten als an der Zeit, die wir brauchen, um sie zu genehmigen.

Gerade in der Automobilindustrie sehen wir das doch jeden Tag: Die Ingenieure sind Weltklasse, aber das regulierende Umfeld ist von gestern. Ob bei Antriebstechnologien, Software oder neuen Produktionsverfahren: Wir brauchen nicht mehr Formulare, sondern mehr Freiheit zum Forschen und Ausprobieren.

Und deswegen muss das Aus vom Verbrenner-Aus kommen, liebe Freundinnen und Freunde!

Es ist das perfekte Beispiel für eine überbordende Bürokratie, Vorschriften und Gebote aus dem Apparat der Kommission.

2025 gab es so viele Rechtsakte wie seit 15 Jahren nicht. Als wäre nichts gewesen. Liebe Freundinnen und Freunde, ich wiederhole es: Das muss endlich aufhören.

Bund und Länder haben die Föderale Modernisierungsagenda gestartet mit mehr als 200 Maßnahmen.

Mein Dank gilt den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten für die gute Zusammenarbeit und unserem ersten Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung überhaupt: Karsten Wildberger.

Wir wollen es schaffen, wieder Vertrauen vor Kontrolle zu stellen und Verantwortung vor Vermeidung von Risiken.

Sozialer Zusammenhalt und Reformen

Wo viel verändert wird, muss aber auch bewahrt werden. Dazu gehört eine große Errungenschaft unseres Landes: der Sozialstaat.

Aber wir wollen diesen Sozialstaat dauerhaft finanzierbar machen, er muss leistungsfähig sein und gerecht bleiben für alle Generationen. Wir haben mit der Reform begonnen, die Sozialstaatskommission hat ihren Bericht vorgelegt, der viel Lob erhalten hat.

Der Sozialstaat ist ein Netz, das uns auffängt, wenn wir einmal in Schwierigkeiten kommen. Aber er darf eben nicht nur auffangen. Unser Ziel ist ein Sozialsystem, das stärker als bisher auf Aktivierung, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzt.

Der Ansatz lautet deshalb: Wir können und sollten alles diskutieren.

Aber es muss – in der Debatte wie bei den konkreten Reformschritten – gerecht zugehen. Und wir müssen alle und alles in den Blick nehmen und uns nicht einzelne Gruppen oder einzelne Bereiche herauspicken.

Wir gehen diese Themen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner an. Das ist für die SPD nicht leicht – und auch nicht für uns. Die Debatten werden anstrengend, aber sie sind notwendig und wir müssen sie für den Erfolg unseres Landes führen. Für uns geht es um den Kern unseres Staatsverständnisses als CDU: Ein moderner Sozialstaat setzt auf Anreize statt auf Verbote.

Ich höre dann so etwas wie: Die CDU sei nicht nah genug an den Menschen, sie sei hartherzig, sie unterstelle den Menschen Faulheit. Das ist eine böswillige Irreführung.

Wir unterstellen niemandem Faulheit, in Deutschland wird hart gearbeitet. Wir sind das Land der Dichter und Denker, wir sind auch das Land der Schaffer und Macher.

Aber: Wir unterstellen unseren Kritikern Denk-Faulheit, weil sie nicht wahrhaben wollen, dass wir ein paar falsche Anreize im System haben, dass wir zu starre Regeln haben und unserer Leistungskraft mit einem Bürokratiekorsett die Luft abschnüren.

Deutschland steht vor einem scheinbaren Widerspruch, den wir besser als bisher erklären müssen: Unternehmen suchen Arbeitskräfte und gleichzeitig sind Millionen arbeitslos.

Die Arbeit ist da, wir müssen sie möglich machen.

Wir müssen das Potenzial in unserem Land heben, damit wir die Arbeitsproduktivität heben. Das schaffen wir nicht, indem wir die Vier-Tage-Woche für alle versprechen, sondern indem wir flexibler werden, Leistungsbereitschaft belohnen, die Rückkehr in

den Job erleichtern und vor allem den Unternehmen und den Beschäftigten Freude an der Arbeit und am Erfolg ermöglichen.

Mit der Einführung der Neuen Grundsicherung und der Abschaffung des Bürgergeldes haben wir angefangen, unseren Arbeitsmarkt wieder in Ordnung zu bringen.

Es ist ein Kernanliegen der Union: Wer Hilfe benötigt, bekommt sie. Aber wer arbeiten kann, muss auch arbeiten gehen.

An dieser Stelle einen Dank an den Architekten der Neuen Grundsicherung:

Lieber Carsten Linnemann, die neue Grundsicherung, das ist Dein Konzept. Die Umsetzung der Reform ist Dir und Deiner Hartnäckigkeit zu verdanken.

Danke für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen uns. Danke für den Dienst, den Du für Deutschland leistest.

Du setzt wichtige Vorhaben für uns in der Fraktion und im Koalitionsausschuss mit um. Du sorgst dafür, dass sich die Partei dauerhaft inhaltlich erneuert.

Vielen Dank dafür!

Bei der Rente haben wir ein hartes Brett zu bohren. Bei allen Schmerzen und Problemen: Mit dem Rentenpaket und mit der Aktivrente haben wir erste Grundlagen geschaffen. Und allen muss klar sein: Das ist nicht das Ende. Wir werden in diesem Jahr Vorschläge für eine grundlegende Reform zu entscheiden haben:

Die gesetzliche Rentenversicherung wird bleiben, aber sie wird nur ein Baustein eines neuen Gesamtversorgungsniveaus werden, in dem die private Altersvorsorge und die betriebliche Altersversorgung eine wesentlich größere Rolle spielen werden als bisher.

Was wir vorhaben, das ist nicht weniger als ein Paradigmenwechsel in der deutschen Rentenpolitik.

Reformieren bedeutet eben nicht: Zusammenstreichen und das wars. Das ist jedenfalls nicht mein Verständnis und auch nicht die Tradition unserer Partei.

Reformieren bedeutet: Klug für die Zukunft aufstellen. Und wo wäre das wichtiger als bei der Gesundheit.

Die Reform des Gesundheitssystems wird die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung adressieren, medizinische Versorgung effizienter und zugleich patientenfreundlicher machen.

Ich bin froh, dass sich Nina Warken als Ministerin diesen schwierigen Aufgaben stellt.

Reformen jetzt

Das alles bedeutet auch: Die strukturellen Probleme werden nicht mehr ignoriert oder beschönigt. Wir gehen sie an.

Das ist ein großes und anstrengendes Programm. Ich sage es noch einmal, es muss dem Ziel dienen, Deutschlands wirtschaftliche Kraft und das Vertrauen der Deutschen in diese Kraft wieder herzustellen.

Der Arbeitsauftrag, den ich hier beschreibe, er ist offensichtlich. Jeder hier im Saal, jeder ökonomisch Sachverständige, die überwältigende Mehrheit im Lande spürt: Wenn es wieder zu mehr Wachstum, zu größerer Sicherheit bei den Arbeitsplätzen, zu Wettbewerbsfähigkeit kommen soll, dann hat die Koalition noch eine gewaltige Aufgabe vor sich.

Wir müssen heraus aus dem Zustand, dass ein Koalitionspartner Vorschläge macht, die der andere ritualhaft zurückweist. Beide müssen da heraus. Wir sind im Gespräch und ich weiß um die Mission, die ich hier beschrieben habe. Ich habe in all meinen Gesprächen die Zuversicht gewonnen, dass dies für alle gilt, für alle, die am Tisch der Koalition sitzen.

Deswegen lassen Sie mich Ihnen versichern: Wir sehen die großen Reform-Aufgaben vor uns: die Sozialsysteme, das Steuersystem, der Bürokratierückbau und das große Thema Arbeitsmarkt. Wir werden diese Themen weiter anpacken, die Reformen gehen weiter. Wir können es, wir tun es, und wir schaffen es zusammen.

Und ich bin mir sicher: Die Menschen im Land spüren den Reformdruck – und noch besser: Sie wollen mittun bei diesem Projekt „Aufbruch Deutschland“. Ich erlebe enorm viel Verantwortungsbewusstsein und Engagement. Wir haben eine leistungsstarke

junge Generation, die für ihre Erfolge Lob verdient und kein Misstrauen. Ich vertraue diesem Land, ich vertraue auf die Kraft, die in uns allen steckt.

Wir haben eine tolle Gemeinschaft und die wollen wir wieder in ihrem ganzen Potenzial erblühen lassen, weil das Land nur dann seine Fähigkeiten zur Geltung bringen kann, wenn es das selbstbestimmt und mit Freude tut. Ja, Politik ist auch Psychologie, und lassen Sie mich sagen: Ich lasse mich lieber vom Optimismus anstecken als von einem Erkältungs-Virus. Pessimismus ist Zeitverschwendung, er macht unser aller Leben nur schwer. Also helfen Sie mir dabei, die Chancen in dieser Umbruchszeit zu erkennen.

Äußere Sicherheit und Bundeswehr

Anrede,

Eine freiheitliche Demokratie muss immer auch wehrhaft sein, nach außen wie nach innen.

Wir haben großartige Frauen und Männer in der Bundeswehr. Und ich rufe ihnen allen, wo auch immer sie sind – ob beim Heer, bei der Luftwaffe, ob auf einem Schiff der Deutschen Marine oder im Cyber-Abwehrzentrum der Bundeswehr – von hier aus zu:

Wir als CDU stehen zu Ihnen. Wir würdigen, was Sie leisten. Wir danken Ihnen für ihren Einsatz für unsere Freiheit und für unsere Sicherheit!

Militärische Stärke ist die Grundlage dafür, Freiheit und Frieden zu sichern und Verantwortung in Europa zu übernehmen. Abschreckung bedeutet Sicherheit. Das ist und bleibt eine alte Weisheit für eine neue Zeit. Diese Erkenntnis muss heute wieder ganz in unser Bewusstsein zurückkehren, denn Verteidigungsfähigkeit und Resilienz beginnt in den Köpfen.

Resilienz ist mehr als Material und Infrastruktur. Es ist eine zutiefst gesellschaftspolitische Frage. Eine wehrhafte Demokratie braucht Menschen, die wissen: Freiheit und Frieden sind keine Selbstverständlichkeit.

Deshalb gehört die Entscheidung über den Wehrdienst in diese Zeit.

Ich spüre, dass viele junge Männer und übrigens auch junge Frauen bereit sind, diesem Land etwas zu geben. Wir danken für diese Bereitschaft – und wir werden sie honorieren.

Innere Sicherheit

Unsere neue Entschlossenheit gilt auch der inneren Sicherheit.

Noch nie sind die Anforderungen an unsere Sicherheitsbehörden so hoch gewesen. Die Komplexität ist durch hybride Bedrohungen massiv gestiegen. Bedrohungen, die nicht auf offene Konfrontation zielen, sondern auf die Destabilisierung unserer Gesellschaft.

Ich bin Alexander Dobrindt daher dankbar, dass er all diese Bedrohungen gleichermaßen entschlossen angeht.

Völlig klar ist nämlich für uns: Der Staat muss handlungsfähig sein – deshalb stärken wir Polizei und Sicherheitsbehörden.

Und wir haben eine historische Korrektur in der Migrationspolitik vollzogen.

Illegale Migration wird nun wieder gesteuert, geordnet und begrenzt. Wir setzen geltendes Recht durch, Rückführungen erfolgen konsequent und werden ausgebaut.

Denn Ordnung und Humanität gehören für uns zusammen.

An Humanität hat es in unserem Land nicht gemangelt, aber die Ordnung hat gefehlt. Jetzt bringen wir beides wieder in Einklang.

Demokratische Stabilität bewahren

Als Partei der politischen Mitte müssen wir den Beweis antreten, dass wir die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen können: Wir wollen frei, sicher und in Frieden leben, ohne soziale Not und in der Aussicht, dass es unseren Kindern noch ein kleines Stück besser geht: Das sind doch Ziele, die den Wert unserer Gemeinschaft ausmachen.

Nur dann treten wir der Faszination des Autoritären wirksam entgegen.

In Zeiten des Umbruchs sehnen sich die Menschen nach Sicherheit und Ordnung – und wenden sich zu oft autoritären Anführern zu. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass dies ins Unglück führt.

Dazu kommt: Unser modernes, unser digitales Leben liebt die einfachen Lösungen, die kurzen Sätze. Rechts wischen, links wischen, Daumen hoch, Daumen runter.

Aber so einfach geht es nicht in der Demokratie. Die braucht Zeit. Die braucht Debatten, manchmal auch Streit. Die braucht den Kompromiss. Mit ein paar Likes ist es da nicht getan.

Lassen Sie uns das den Wählerinnen und Wählern vermitteln. Erklären wir das immer und immer wieder, geduldig, aber bestimmt.

Unser System, unsere Demokratie lebt vom Vertrauen. Vertrauen in Institutionen, Vertrauen in all die, die politische Verantwortung tragen – und tragen wollen. Und hier sehen wir gerade ein besonderes Maß an Heuchelei, wenn wir auf den rechten Rand schauen. Wir beobachten: Vetternwirtschaft, Chaos, Grabenkämpfe, der Missbrauch öffentlicher Ämter und Gelder. Sie tun so, als wären sie eine Alternative zur politischen Mitte, die sie zuvor als „Elite“ und „die Altparteien“ verächtlich gemacht haben. Und dann entpuppt sich das Ganze als ein grandioser Selbstbedienungsladen.

Die Wählerinnen und Wähler haben einen Anspruch darauf, ihren Politikern vertrauen zu können. Vertrauen entsteht durch Klarheit und Offenheit. Und deshalb will ich Ihnen, unseren Delegierten der CDU Deutschlands stellvertretend für die 400.000 Mitglieder unserer Partei, aber auch und vor allem den Wählerinnen und Wählern in ganz Deutschland sagen: Ich habe mich abschließend entschieden, die Zustimmung zu unserer Politik ausschließlich in der politischen Mitte unseres Landes zu suchen. Ja, das verengt uns im Augenblick auf eine Koalition mit der SPD. Aber gerade wir Christdemokraten müssen alles tun, und ich werde als Ihr Parteivorsitzender alles tun, dass das Erbe der Geschichte unseres Landes, das auch zugleich das Erbe unserer Partei ist, nicht verspielt wird, nur um eines kurzfristigen Macht-erfolges willen mit den rechts-populistischen Kräften in unseren Parlamenten.

Mir ist vollkommen bewusst, dass damit die beiden verbliebenen Parteien der demokratischen Mitte, Union und SPD, voneinander abhängig sind. Beide Parteien leiden nach innen an diesem Zustand. Beide sind besorgt um ihre Wähler. Deswegen muss

es uns umso mehr antreiben, die Herausforderungen aus der Mitte heraus zu lösen. Ja, auch ich würde vieles gerne schneller und entschlossener angehen. Aber dieses System gibt uns auf, zusammen mit unserem Koalitionspartner an die Grenze unserer Möglichkeiten zu gehen. Und wenn ich heute hier als Parteivorsitzender der CDU spreche, dann brauche ich Ihre Solidarität und Ihre Geduld bei dieser Aufgabe.

Mit der gleichen Ersthafteigkeit sage ich aber auch unseren sozialdemokratischen Partnern: Wir haben gemeinsam den Auftrag, die Dinge in Deutschland in Ordnung zu bringen. In den nächsten Wochen müssen wir mit den Reformen im Inneren weiterkommen. Diesen Auftrag werden wir mit aller Kraft vorantreiben.

Antisemitismus

Die schlimmsten Angriffe auf unser normatives Fundament, meine Damen und Herren, sehen wir im Antisemitismus. Über 80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus gibt es wieder offenen und gewaltsamen Antisemitismus in Deutschland – von islamistischen Gruppierungen, vom linken und vom rechten Rand, verkleidet im Gewand der Kultur und der Meinungsfreiheit.

Wir werden Judenhass nicht hinnehmen.

Wir stehen an der Seite aller Jüdinnen und Juden in Deutschland und wir stehen an der Seite Israels!

Ich bin sehr froh, dass wir mit Karin Prien eine Ministerin im Bundeskabinett haben, die sich wie keine andere für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen jede Form von Antisemitismus einsetzt. Liebe Karin, danke für Deine Arbeit!

Wenn in einem Berliner Bezirk (Neukölln) ein Israelhasser (Ahmed Abed) zum Bürgermeisterkandidaten der Linken gemacht wird, dann zeigt das, dass Antisemitismus wieder salonfähig wird.

Lieber Kai Wegner, Du trittst in Berlin diesem zunehmenden Antisemitismus entschlossen entgegen. Dabei und bei der Verteidigung des Roten Rathauses kannst Du auf unsere Unterstützung zählen!

80 Jahre nach Ende der NS-Diktatur erstarken Kräfte in unserem Land, die die Opfer des NS-Regimes verhöhnen, die Imperialismus bewundern, die spotten über das Postulat der Menschenwürde, über Rechtsstaatlichkeit und unser Grundgesetz; die unseren gesellschaftlichen Fortschritt von Jahrzehnten zurückdrehen wollen.

Wir werden nicht zulassen, dass diese Leute von der sogenannten „Alternative für Deutschland“ unser Land ruinieren.

Und deswegen sage ich es mit voller Überzeugung: Diese Partei kann kein Partner der CDU sein. Diese Partei muss mit dem erbitterten Kampf der Union rechnen.

VI. Landtagswahlen Ost

In der zweiten Jahreshälfte stehen die Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern an.

Die Architekten der Wiedervereinigung – allen voran natürlich Helmut Kohl – kamen aus der CDU. Angela Merkel war 16 Jahre lang Kanzlerin und hat diese Einheit geradezu personifiziert.

Die Einigung unseres Landes in Einheit und Freiheit, sie ist der größte Glücksfall unserer jüngeren Geschichte und eine gigantische Leistung des gesamten Landes.

Manche historische Ungerechtigkeit bleibt. Im vollen Bewusstsein nach wie vor bestehender Probleme sage ich dennoch: Der Aufbau Ost seit 1990 war ein voller Erfolg.

Gleichwohl hat im Osten Deutschlands das Vertrauen in die Politik der vergangenen Jahre besonders gelitten.

Es gibt ein – und so nehme ich es wahr – verbreitetes und auch verständliches Gefühl von Ernüchterung und auch von Enttäuschung, von Frustration. Darüber, dass Lebensleistungen nicht die Wertschätzung erfahren haben, wie es anderswo gewesen ist.

Dass die CDU in den ostdeutschen Ländern dauerhaft Verantwortung übernommen und demokratische Stabilität gesichert hat, bleibt ein riesiges Verdienst und eine große Leistung.

Die ostdeutschen Landesverbände nehmen sich dieser Aufgabe jeden Tag an, mit Einsatz, mit Tatkraft, mit Standhaftigkeit. Wir - und das sage ich als leidenschaftlicher Sauerländer und mit all meiner westdeutschen Prägung - wir alle können von euch lernen.

Reiner Haseloff hat 2021 gezeigt, dass es geht. Er hat alle Umfragen Lügen gestraft und das wird auch Sven Schulze gelingen. In Sachsen ist es Michael Kretschmer immer gelungen, Mehrheiten zu erkämpfen und eine Regierung zu bilden und auch in Thüringen hat es Mario Voigt aus der Opposition geschafft, dass Thüringen nun endlich wieder von der CDU geführt wird.

Lassen wir uns nicht verrückt machen. Wir haben alle Chancen.

Und das werden wir im September in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern auch zeigen!

VII. Wofür wir Verantwortung tragen

Wir alle, die täglich politische Verantwortung tragen, sehen die Größe der Herausforderungen und Aufgaben. Doch wir glauben daran: Deutschland, Europa, immer größere Teile der Welt haben eine gute Zukunft vor sich. In diesem Sinne müssen wir um das Vertrauen der Menschen kämpfen.

So tragen wir Verantwortung für Europa und unser Land, Deutschland.

So tragen wir Verantwortung in den Ländern.

So tragen wir Verantwortung in großen und kleinen Städten, in Gemeinden und Dörfern.

Wir tragen Verantwortung für gut 84 Millionen Menschen in diesem Land.

Ich habe über unsere Aufgaben in Deutschland gesprochen, denen wir uns in der Bundesregierung und in der Partei stellen. Wir wissen, wo wir jetzt anpacken müssen.

Ich habe über unsere Chancen gesprochen: Über die vielen Chancen, die wir als Land und die wir in Europa haben, in diesen Jahren die Dinge neu und besser zu machen: zum Wohle aller, zum Wohl der jungen und der heranwachsenden Generationen.

Dafür regieren wir mit neuer Entschlossenheit.

VIII. Schluss: Wir haben es selbst in der Hand

Anrede!

Deutschland schaut auf uns: die CDU!

Wir sind dafür als Partei gut aufgestellt.

Wir haben starke Verbände in den Ländern, Bezirken und Kreisen mit engagierten Mitgliedern.

Unsere Vereinigungen leben den Anspruch, Volkspartei zu sein. Von der CDA zur MIT, von der Jungen Union zur Senioren-Union und der Frauen Union. Die Anträge für diesen Parteitag zeigen: die Partei denkt. Sie diskutiert. Wir sind das Kraftzentrum des Landes.

Und deshalb bin ich zutiefst überzeugt: Wir werden als CDU bei den anstehenden Wahlen als Sieger vom Platz gehen!

In fünf Landtagswahlen in diesem Jahr und in fünf Landtagswahlen im Jahr 2027: im Saarland und in Bremen, mit Daniel Günther in Schleswig-Holstein, mit Hendrik Wüst in Nordrhein-Westfalen, mit Sebastian Lechner in Niedersachsen.

Anrede!

Hinzu kommt: Unser Verhältnis zur CSU war selten so gut wie heute. Diese Geschlossenheit mit unserer Schwesterpartei ist die Basis für unseren Erfolg. Dafür tragen Markus Söder und ich gemeinsam Verantwortung. Und die Zusammenarbeit zwischen Markus Söder und mir ist wirklich exzellent.

Wir sind in der Bundesregierung und in der Bundestagsfraktion gut aufgestellt. Mit Thorsten Frei im Bundeskanzleramt, dem ich für die gute Zusammenarbeit ebenso herzlich danken will, wie Jens Spahn für die gute Zusammenarbeit in der Fraktion.

Anrede!

Vor fast auf den Tag genau 80 Jahren (1. März 1946) wurde im Sauerland, in meinem heutigen Wahlkreis das Neheim-Hüstener Programm der CDU in der damaligen britischen Besatzungszone verabschiedet. Mit diesem Programm hat sich die noch junge CDU vom Sozialismus abgewandt.

Damit war der Kompass unseres politischen Handelns justiert: Wohlstand für alle. Nicht als materialistischer Selbstzweck, sondern als Grundlage für Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Verbindung von wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Gerechtigkeit.

Diesem Ziel gilt all unser Tun. Diesem Zielbild dienen all die notwendigen Reformen. Diesem Ziel habe ich mich verpflichtet.

Und ich bin zutiefst überzeugt: Die Zukunft gehört denen, die handeln. Wir müssen nur entschlossen sein.

Wir haben es in der Hand. In einer Welt der Großmächte sind wir – in Europa, in Deutschland – die normative Alternative: Wir bewahren und verteidigen unsere Werte. Wir stehen für Freiheit, Offenheit und Souveränität.

Deutschland, unser Land, hat es verdient.

Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun. Ich werde alles dafür tun.

Vielen Dank!